

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits-
und Gleichstellungsausschusses am 11.09.2008**

öffentlich

Ort: Eine-Welt-Haus Halle e. V.
Zur Saaleaue 51 a
06122 Halle

Zeit: 16:35 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Her Joachim Geuther	CDU	Vertreter für Herrn Dr. Heinrich
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Katharina Hintz	SKE	
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE	
Frau Annerose Runde	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Sven Weise	Freie Träger	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Frau Christel Günther	Verw	
Herr Uwe Wätzel	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Herr Steffen Heinritz	Verw	
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung	

Gäste

Projekt Seelensteine

Frau Ines Schliebs

ARGE SGB II Halle GmbH

Geschäftsführerin Frau Sylvia Tempel

Geschäftsführerin Frau Dr. Christine Radig

Evangelische Stadtmission Halle

Leiter Herr Ernst-Christoph Römer

Frau Elke Ronneberger

Eine-Welt-Haus-Halle e. V.

Geschäftsführer Herr Ulf Leßke

Vorstandsvorsitzender Herr André Scherer

Vorstandsmitglied Frau Irma Keitel

Vorstandsmitglied Frau B. Karge

Vorstandsmitglied Herr Thorsten Schmidt

Mitarbeiter Verwaltung Herr Peter Breitenborn

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	vertreten durch Herrn Geuther
Herr Andreas Nowotny	CDU	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE	
Frau Anja Hunger	SKE	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Dr. Wilhelms	Verw	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.8.2008
4. Vorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Mitteilungen
 - 6.1. Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II
 - 6.2. Bericht des Eine-Welt-Haus e. V.
 - 6.3. Bericht des Projektes Seelensteine vom Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt e. V.
 - 6.4. Bericht der evangelischen Stadtmission zum Thema "neue Werkstatt mit einem Bereich für Schwerstbehinderte" , Kurzinformation zum Problem behindertengerechter Wohnungen in Halle sowie eine Information zu den neuen Strukturen der Stadtmission
7. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßte die Mitglieder des Ausschusses und die Gäste in den Räumen des Eine-Welt-Haus Halle e. V. und dankt dem Verein für die Möglichkeit, diese Sitzung hier durchführen zu können. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.8.2008

Herr Häder bittet um Korrektur im Protokoll, dass er zur Sitzung nicht anwesend war.

Herr Czock weist darauf hin, dass die Aussage von Frau Block, dass für die Umsetzung des Nichtraucherschutzes die Sicherheitsbeauftragten verantwortlich seien, nicht stimmt.

Die Niederschrift wird bestätigt.

zu 4 Vorlagen

keine

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden Geschäftsführerinnen der ARGE Frau Tempel und Frau Dr. Radig und erteilt ihnen das Wort.

Frau Tempel stellt die aktuellen Zahlen der ARGE SGB II Halle GmbH (Quelle: Statistik der BA) vor - als Anlage beigefügt - und erläutert einige Punkte. Halle liegt mit seinen Zahlen im Mittelfeld Sachsen/Anhalt. Es ist ein Rückgang beim Anteil der Frauen zu verzeichnen, ebenso ein knapper Rückgang bei Ausländern, auch bei Schwerbehinderten und ein kleiner Rückgang U 25. Angestiegen ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften reduzierte sich um ca. 1.000. Der Anstieg bei den Langzeitarbeitslosen ist besonders bei Personen mit geringer Qualifikation. Deshalb liegt hier besonderes Augenmerk auf der Erhöhung der beruflichen Weiterbildung, um somit auch die Möglichkeiten für den 2. Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Frau Dr. Radig ergänzt diese Ausführung mit zwei Informationen.

Es ist beabsichtigt, den Kinderzuschlag, der den Bedarf der Kinder nicht abdeckt, ab 1.1.09 zu erhöhen, um sie damit aus dem SGB-II-Bezug herauszubekommen.

Als zweiten werden Familien mit Mischhaushalten angesprochen, für die Kinder anteilige Wohngeldansprüche prüfen zu lassen.

Allgemeine Informationen, wie es mit dem SGB II weitergeht, liegen z. Z. nicht vor.

Frau Tempel spricht an, dass z. Z. Mitarbeiter mit auslaufenden Zeitarbeitsverträgen sich anderweitig bewerben und somit ab 2009 möglicherweise neue Mitarbeiter eingearbeitet werden müssen.

Herr Czock fragt nach, ob es wirklich weiter sinnvoll ist, die Leute ständig zum Bewerbungstraining zu schicken. Frau Tempel antwortet, berufliche Weiterbildung heißt Qualifizierung, die sehr unterschiedlich sein kann und in der Regel mindestens drei Monate beträgt. Ein Bewerbungstraining ist bei einigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wirklich sinnvoll, um ihre Chancen zu erhöhen.

Frau Tomczyk-Radji fragt, wie viele Personen, die in Arbeit stehen, zusätzlich Leistungen erhalten. Sie fragt nach den Ursachen, warum in Halle-Neustadt jeden Donnerstag einige Leute im Bereich der ARGE rumsitzen. Hat das mit der ARGE zu tun? Frau Tempel antwortet, dass dies nicht unbedingt Kunden der ARGE sein müssen. Der Andrang erhöht sich eher am Monatsanfang als Mitte des Monats. Frau Dr. Radig ergänzt, dass es vor einiger Zeit regelmäßig Kundgebungen gab, die jetzt aber aufgehört hätten. Zur ersten Frage antwortet Frau Tempel anschließend, dass ca. 6.000 Personen zusätzliche Leistungen erhalten, die Tendenz sei steigend.

Frau Hanna Haupt fragt nach der Anzahl arbeitsloser Hochschulabsolventen. Frau Tempel antwortet, dass es ca. 1.066 Personen mit Abitur/Hochschulreife gibt.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob die KdU verändert werden. Herr Schneller antwortet, dass das Statistikamt eine Datei der BA zur Auswertung erhalten hat. Halle liegt bei den Betriebs- und Heizungskosten über der Angemessenheitsgrenze, jedoch seien die Heizungskosten in tatsächlicher Höhe zu übernehmen. Bei sinkenden Zahlen wird es trotz steigender Kosten keine Auswirkungen auf den Haushalt geben.

Herr Dr. Marquardt ergänzt, dass die Verwaltung auf jeden Fall diese Entwicklung im Blick behalten wird.

zu 6.2 Bericht des Eine-Welt-Haus e. V.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Scherer (Vorstandsvorsitzender) und Herrn Leßke (Geschäftsführer) vom Eine-Welt-Haus Halle e. V. Herr Leßke begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt ihnen seine Mitarbeiter vor. Herr Leßke spricht über die Arbeit des Vereins und die einzelnen Projekte. Herr Breitenborn spricht über die finanzielle Situation des Vereins, die Projektkoordinierung und ihre Abrechnung sowie die verschiedenen Fördermittelgeber. Herr Leßke bittet um Hilfe für den Verein und darum, dem Antrag auf Erhöhung der Fördermittel der Stadt stattzugeben, da die Personalkosten für Herrn Breitenborn nicht ausreichend sind (z. B. nur 18 h/Woche).

Herr Leßke informiert darüber, dass der Verein die Rückforderungen der Stadt Halle inzwischen beglichen hat. Im Weiteren weist er darauf hin, dass von dritter Seite immer wieder neue Anschuldigungen gegen den Verein erhoben werden, die haltlos sind. So sei von Spendenskandalen die Rede, die es nicht gibt. Die angeblich zu Unrecht einbehaltenen oder nicht weitergeleiteten Gelder für Hilfsprojekte in Afrika seien alle vollständig und termingerecht ausgezahlt worden. Dieses könne jederzeit nachgewiesen werden. Darüber hinaus besteht das Problem, dass der Verein von manchen Anschuldigungen nur gerüchteweise Kenntnis erhält und deswegen auf Vermutungen angewiesen sei.

Herr Schneller ergänzte, dass er über die Verhandlungen mit der Versicherung stets Kenntnis hatte und auch wisse, dass der ehemalige Geschäftsführer nunmehr an die Versicherung herangetreten ist, um diese im Hinblick auf die erfolgte Versicherungsleistung zu beeinflussen. Aus seiner Sicht gibt es keinen Anlass zu einer Vermutung, dass der Verein die Versicherungsgelder rechtswidrig bekommen habe. Dafür spreche insbesondere die Tatsache, dass die Versicherung im Frühjahr einen Teilbetrag bewilligen wollte und aufgrund von weiteren Nachverhandlungen sich dann doch entschieden habe, den Gesamtbetrag auszuführen. Diese doppelte Prüfung spreche für die Rechtmäßigkeit. Im Übrigen wies er darauf hin, dass die Grundforderung vom Eine-Welt-Haus in voller Höhe beglichen ist. Offen sei jetzt noch der in der Stundung vereinbarte Zinsbetrag, der sich auf rund 1.200 Euro beläuft. Ein entsprechender Forderungsbescheid an den Verein ist unterwegs.

Das Eine-Welt-Haus habe bezüglich der Zinsen einen Erlassantrag gestellt. Diesem könne nicht entsprochen werden. Sowohl die rechtlichen Bestimmungen über Stundung, Niederschlagung und Erlass wie auch die Haushaltslage der Stadt lassen im Augenblick einen Verzicht auf die Zinsforderung nicht zu.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich beim Verein und bittet darum, Fragen zu stellen.

Herr Geuther kritisiert, dass in dem Vortrag formuliert worden sei, der Verein habe seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Stadt bereits erfüllt. Dieses treffe zwar im Wesentlichen zu, jedoch sei die Zinsforderung ja noch offen.

Herr Dr. Yousif bittet den Verein darum, die Fördermittelanträge termingerecht einzureichen. Er fragt, wie viele Mitglieder der Verein z. Z. hat. Herr Leßke antwortet, dass der Verein ca.

50 Mitglieder hat und die verspäteten Fördermittelanträge mit der Erkrankung einer Mitarbeiterin begründet werden.

Frau Tomczyk-Radji fragt, ob es eine Übergabe beim Vorstandswechsel gegeben hat? Herr Scherer antwortet, dass begrenzt Unterlagen ausgehändigt wurden und eine Übergabe erfolgte.

Die Ausschussvorsitzende lässt sich nochmals vom Vereinsvorsitzenden bestätigen, dass nichts verheimlicht wird und die Unterlagen zur finanziellen Situation des Vereins eingesehen werden können. Sie wünscht dem Verein weitere gute Arbeit mit den vorgestellten Projekten.

zu 6.3 Bericht des Projektes Seelensteine vom Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt e. V.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Schliebs. Frau Schliebs entschuldigt Frau Abel, die eigentlich heute hier sein wollte. Frau Schliebs stellt sich vor als Projektinitiatorin des Projektes Seelensteine. Dieses Projekt betreut Kinder mit psychisch kranken Eltern, die nicht verhaltensauffällig sind. Nur 1/3 der Kinder erkranken selbst nicht und diese Kinder werden betreut, damit sie eben nicht krank werden. Diese Betreuung geht über Jahre. Es wird mit ca. 12 Familien gearbeitet. Die Aktion Mensch hat dieses Projekt genehmigt. Frau Schliebs erläutert ein Projekt an Schulen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Schliebs für die Ausführungen und bittet darum, Fragen zu stellen.

Frau Runde erläutert einen Fall einer traumatisierten Ausländerin und fragt, was man da tun könne. Frau Schliebs kann zu einem speziellen Fall ohne nähere Information nichts sagen. Die Betroffene kann sich aber an sie wenden.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach dem Kinderschutzgesetz. Frau Schliebs nimmt die Anregung gern auf und wird sich darin einbringen.

Frau Hanna Haupt fragt nach dem Verein Bunte Feuer. Frau Schliebs sagt, dass dieser Verein Familientherapie macht.

Herr Dr. Marquardt fragt, ob es sich um Eltern/Mütter handelt, die ambulant betreut werden oder stationär? Frau Schliebs sagt, dass beides gemacht wird. Herr Dr. Marquardt fragt, ob die Eltern der Arbeit mit den Kindern zustimmen. Laut Frau Schliebs ist diese Zustimmung Voraussetzung für ihre Arbeit mit den Kindern. Herr Dr. Marquardt fragt nach dem Verhältnis stationär zu ambulant. Frau Schliebs antwortet, dass die Mütter alle schon in stationärer Behandlung waren.

Herr Häder fragt, ob nur die Aktion Mensch das Projekt fördert? Frau Schliebs erläutert, dass eine Mischfinanzierung mit dem Jugendamt gewünscht wird und sie kümmert sich um Spendenmittel, z. Z. 70 % Aktion Mensch und 30 % Träger.

Herr Dr. Brockmann fragt nach dem Träger. Träger der Maßnahme ist das Trägerwerk soziale Dienste.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und wünscht alles Gute für die weitere Arbeit.

zu 6.4 Bericht der evangelischen Stadtmission zum Thema "neue Werkstatt mit einem Bereich für Schwerstbehinderte" , Kurzinformation zum Problem behindertengerechter Wohnungen in Halle sowie eine Information zu den neuen Strukturen der Stadtmission

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Ronneberger und Herrn Römer.

Herr Römer stellt die Arbeit der Evangelischen Stadtmission vor. Die Stadtmission hat 180 hauptamtliche Mitarbeiter und über 100 ehrenamtliche. Sie ist in der Stadt Halle, aber ebenso im Landkreis tätig. Herr Römer informiert über die einzelnen Tätigkeitsfelder, wie Wärmestube, Wosohi, die Tafel, Kleiderkammer und Möbelbörse. Die Stadtmission betreibt verschiedene Wohnformen. Herr Römer spricht das Problem an, dass keine nassen Alkoholiker zugewiesen werden. Größtes Aufgabengebiet der Stadtmission ist die Behindertenarbeit, die meist im Saalekreis angesiedelt war, aber in die Stadt hineingebracht werden soll.

Frau Ronneberger spricht über die Werkstatt für Schwerstkörperbehinderte. Die Werkstatt befindet sich in Oppin. Sie erläutert z. B. den Bereich Büroservice. Ein Problem sei die Wohnraumversorgung Schwerstkörperbehinderter.

Die Ausschussvorsitzende dankt für die Ausführungen und bittet, Fragen zu stellen.

Frau Runde fragt, ob ein junger Mann aufgenommen werden kann, der ein Studium machen möchte. Frau Ronneberger, dass er kein Kandidat für die Werkstatt sei, wenn er studieren möchte.

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass die Wohnsituation in Halle ein Problem ist, dass nicht vergessen werden darf. Sie fragt an, ob es noch Problem mit der Halleschen Tafel gibt. Herr Römer sagt, die Lage hat sich entspannt. Schwierigkeiten haben alle Tafeln bundesweit. Die Galiera Kaufhof hat Belieferung zugesichert.

Frau Runde fragt nach dem Bahnhofsdienst. Herr Römer erläutert, dass der Träger der Bahnhofsmision der Kirchenkreis ist.

zu 7 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Frau Tomczyk-Radji fragt Herrn Dr. Marquardt, ob in der Presse nicht eine positive Darstellung der Stadt Halle möglich sei. Sie lese immer nur negative Schlagzeilen. Herr Dr. Marquardt sagt, dass es vieles gibt, z. B. was heute hier gehört wurde. Er wird zu diesem Thema einen Vorschlag unterbreiten.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach dem Triple-T-Programm. Herr Dr. Marquardt antwortet, dass dies von der Caritas und dem CVJM gemacht wird.

Herr Schneller ergänzt zur ersten Frage, dass es durchaus auch positive Berichterstattungen gebe. So habe kürzlich die Super-Illu um ein Interview zum Thema „Wohnen mit Hartz IV“ gebeten. Auf die Rückfrage, weshalb hier aus Halle berichtet werden sollte, wurde ihm mitgeteilt, dass bei den Recherchen vor Ort die Migrantensprechstunde bei Wohnungsgesellschaften aufgefallen sei, die in dieser Form wohl einmalig wäre und bei der bei Gesprächen um Wohnungsfragen Sprachmittler hinzugezogen würden, um die Verständigung zu erleichtern. Anzumerken sei, dass diese Sprachmittler vom Eine-Welt-Haus bereitgestellt werden.

Frau Hanna Haupt sagt, es sei schwierig, einen Verein positiv darzustellen und die anderen, die auch gute Arbeit leisten, werden nicht genannt. Herr Dr. Marquardt, dass die Öffentlichkeitsarbeit auf verschiedenen Wegen verstärkt werden kann, z. B. kann man einen Wettbewerb initiieren in Bezug auf eine jugendfreundliche Stadt.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

Keine

zu 9 Anregungen

Herr Czock informiert über einen BILD-Artikel, in dem über die Barmer geschrieben wird, sie hätte ein Formular im Intranet veröffentlicht zur Abmahnung und zur Kündigung von Schwangeren. Dieses Formular ist jetzt nicht mehr veröffentlicht.

Die Ausschussvorsitzende informiert über die Einladung zum Fachgespräch Selbstbefähigung psychisch und suchtkranker Menschen am 10.10.2008 im Stadthaus sowie über den Tag der Armut am 17.10.2008.

Frau Schneutzer informiert über die Interkulturelle Woche ab 29.9.2008 und stellt den Interkulturellen Gesundheitsführer vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 10.11.08

Kerner
Protokollführerin